

Sekretariat Landrat
Rathaus
8750 Glarus

Protokoll

**Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 10. Juni 2020, um 8.00 Uhr, im Saal des Restaurants
«Schützenhaus» in Glarus**

Vorsitz	Landratspräsident Peter Rothlin, Oberurnen
Ratsschreiber	Hansjörg Dürst, Ennenda
Protokoll	Michael Schüepp, Glarus

§ 253 Feststellung der Präsenz

Es sind folgende Ratsmitglieder abwesend:

Martin Landolt, Näfels
Thomas Tschudi, Näfels
Andrea Bernhard, Glarus
Thomas Hefti, Schwanden
Mathias Zopfi, Engi

Während der Traktanden 3 (§ 258) betreffend den Geschäftsbericht 2019 der Glarner Kantonalbank und 4 (§ 259) betreffend den Geschäftsbericht 2019 der Glarnersach ist Martin Leutenegger, Glarus, jeweils Verwaltungsratspräsident, anwesend. Während Traktandum 5 (§ 260) betreffend die Berichterstattung 2019 der Kantonsspital Glarus AG ist Arnold Bachmann, Schönenberg, Verwaltungsratspräsident, anwesend.

Der *Vorsitzende* lädt die Mitglieder des Landrates angesichts der Corona-Krise dazu ein, ihre Vorbildfunktion wahrzunehmen und sich sorgfältig an die vom Landratsbüro beschlossenen Schutzmassnahmen zu halten.

§ 254 Traktandenliste

Die Traktandenliste wurde im Amtsblatt vom 4. Juni 2020 publiziert und den Mitgliedern zugestellt. – Sie ist unverändert genehmigt.

§ 255 **Protokolle**

Die Protokolle der Sitzungen vom 22. Januar, 5. Februar und 19. Februar 2020 sind genehmigt.

§ 256 **Memorialsantrag Jacques Marti, Diesbach «Gemeindeübergreifende Krippenfinanzierung»**

(Bericht Regierungsrat, 17.3.2020)

Zulässigerklärung

Das Wort wird nicht verlangt. Der Memorialsantrag ist zulässig erklärt.

Erheblicherklärung

Roger Schneider, Mollis, beantragt namens der FDP-Fraktion, der Memorialsantrag sei unerheblich zu erklären. – Es ist für die FDP-Fraktion unbestritten, dass die wachsende Agilität bei den Arbeitsorten eine höhere Flexibilität bei der benötigten Betreuung hinsichtlich Art und Zeit sowie letztlich auch Konsequenzen in finanzieller Hinsicht nach sich ziehen wird. Das Departement Bildung und Kultur hat dies seit geraumer Zeit erkannt und arbeitet daran, diesem Umstand Rechnung zu tragen. Dem Departement ist die notwendige Zeit einzuräumen, um einen Vorschlag ausarbeiten zu können. Vorstossbedingtes Schattenboxen ist durch die sicherlich nötige inhaltliche Diskussion mit Gehalt zu ersetzen. Diese ist möglich, sobald der Vorschlag des Departements auf dem Tisch liegt. Den Memorialsantrag heute erheblich zu erklären, bringt nichts Neues. Unter den gegebenen Vorzeichen führt er lediglich zu zusätzlichen Aufwänden. Im dümmsten Fall wird er das Vorlegen der Überlegungen des Departements verzögern.

Abstimmung: Der Memorialsantrag vereinigt 24 Stimmen auf sich. Er ist erheblich erklärt.

§ 257 **Jahresrechnung 2019**

(Berichte Regierungsrat, 3.3.2020; Finanzaufsichtskommission, 20.5.2020)

Samuel Zingg, Mollis, Kommissionspräsident, beantragt Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat. – Den Beteiligten in den Departementen ist für das Aufbereiten der Rechnung mit den – bis auf wenige Ausnahmen – aussagekräftigen Detailkommentaren zu danken. Besonderer Dank gebührt Regierungsrat Rolf Widmer, Samuel Baumgartner, Sekretär des Departements Finanzen und Gesundheit, und Andreas Schiesser, Leiter Finanzverwaltung, für die Begleitung der Beratung der Jahresrechnung sowie Isabella

Mühlemann für die Protokollführung und Dieter Elmer für die Unterstützung beim Verfassen des Kommissionsberichts. Den Mitgliedern der Finanzaufsichtskommission ist die kurze Diskussion zur Rechnung und die ausgiebige Debatte zum Ausblick zu verdanken. – Die Jahresrechnung 2019 schliesst bei einem Aufwand von 454,6 Millionen Franken und einem Ertrag von 456,3 Millionen Franken mit einem Überschuss von 1,7 Millionen Franken ab. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei hohen 161 Prozent. Das entspricht dem Zehnfachen des budgetierten Werts. – Die Prüfung der Rechnung hat zu keinen Vorbehalten geführt. Im Licht der zusätzlichen Abschreibungen im Umfang von über 40 Millionen Franken ist das Ergebnis mehr als nur erfreulich. Diese zusätzlichen Abschreibungen werden die Rechnung 2020 bereits um 4,6 Millionen Franken entlasten. Dieser grosse Überschuss kam aus unterschiedlichen Gründen zustande. Es gibt einmalige Sondereffekte im Umfang von total 20 Millionen Franken. Zu diesen Sondereffekten gehört der Abschluss des Rechtsstreits mit der Axpo und der Buchgewinn aus den Anteilen an der Glarner Kantonalbank, der in der Rechnung ausgewiesen werden muss. Es verbleibt ein struktureller Überschuss von rund 20 Millionen Franken. Der Regierungsrat ging am 3. März 2020 davon aus, dass mit den im Finanzplan vorgesehenen Aufwandsteigerungen von rund 7 bis 8 Millionen Franken – mit einer Sicherheitsmarge sind es 10 Millionen Franken – rund 10 Millionen Franken als Überschuss verbleiben. Deswegen schlug er ein Massnahmenpaket vor. Der Landrat wird dieses im Rahmen der Budgetdebatte diskutieren können. Es geht um Einlagen im Umfang von rund 10 Millionen Franken in verschiedene Fonds und um eine Steuersenkung um 1 Prozent. – Aufgrund der Corona-Krise hat sich die Diskussion in der Kommission nur kurz um den erfreulichen Rechnungsabschluss gedreht. Im Zentrum stand die Zukunft. Die Rechnung 2020 dürfte noch einigermaßen normal ausfallen – auch dank bereits heute bekannten Sondereffekten. Wie die Ertragslage im 2021 aussehen wird, ist hingegen völlig offen. Man wird sich im Rahmen des Budgets der politischen Debatte stellen müssen. – Für die Finanzaufsichtskommission ist klar, dass die Rechnung ohne Änderungsanträge genehmigt werden kann. Sie dankt allen, die durch ihr Handeln und die gute Ausgabendisziplin zum ausserordentlich guten Jahresabschluss beigetragen haben.

Andreas Schlittler, Glarus, Kommissionsmitglied, äussert sich namens der Grünen Fraktion zustimmend zur Vorlage. – Die Grüne Fraktion hat sich über den positiven Rechnungsabschluss sehr gefreut. Sie dankt den Ausführenden in den Departementen und in der Kommission für ihr grosses Engagement und ihre ausserordentliche Arbeit. – Einer Punktlandung gleich schloss die Jahresrechnung 2019 mit einem Ertragsüberschuss von 1,7 Millionen Franken ab. Das entspricht dem budgetierten Ergebnis. Rein rechnerisch hätte der Ertragsüberschuss im 2019 noch weit höher ausfallen können. Denn das gute Ergebnis erlaubt zusätzliche, ausserordentliche Abschreibungen von sage und schreibe 41,2 Millionen Franken. – Die positive Rechnung des Kantons Glarus ist kein Einzelfall. Viele Kantone verzeichnen für 2019 ausserordentlich positive Abschlüsse. Dem Bund und den Kantonen lief es in den vergangenen Jahren finanziell sehr gut. Ob das künftig so bleibt, wird sich weisen. – Die Aktie der Glarner Kantonalbank hat sich erfreulicherweise sehr gut entwickelt. Das hat sich rechnerisch deutlich auf die Jahresrechnung 2019 ausgewirkt. Zur Marktwertanpassung kommen die Abgeltung der Staatsgarantie und Dividenden. Aktuell steht der Aktienkurs bei 31 Franken – corona-bedingt tiefer als bei Rechnungsabschluss. Zu den weiteren Verbesserungen in der Jahresrechnung führen die Gewinnausschüttung durch die Schweizerische Nationalbank, das Ergebnis aus dem Stromhandel und die höheren Steuererträge. Verschlechterungen ergeben sich aus den Beiträgen an Spitäler, Platzierungen im Bereich Kinder- und Jugendschutz, Entschädigungen im Bereich Justizvollzug sowie bei den Ergänzungsleistungen. – Ein alljährliches Thema sind die ausstehenden Amortisationen der Sportbahnen Elm und Braunwald. Bereits im vergangenen Jahr wurde eindringlich darauf hingewiesen. Der Kanton hat 2017 bereits 4 Millionen Franken wertberichtigt. Anstrengungen mit Blick auf Amortisationszahlungen und Schuldentilgung waren auch im 2019 nicht zu verzeichnen. Es scheint offensichtlich kein Wille zu einer Praxisänderung vorhanden zu sein, obwohl gemäss Medienberichten bei den Sportbahnen Elm sehr gute Geschäftsjahre zu verzeichnen waren. Wenn immer noch von einem kompletten Verzicht auf die Darlehen ausgegangen wird, möchte die Grüne Fraktion den Regierungsrat eindringlich bitten und

darin bestärken, standhaft zu bleiben und die Schuldentilgung nur im Rahmen der zuvor gesetzten Grenzen einzugestehen. Ansonsten muss man sich die generelle Frage stellen, welche Signale an andere Schuldner ausgesendet werden. – Es kann gut sein, dass künftig stärker auf die Finanzen geachtet werden muss. Auch wenn sich die Corona-Krise möglicherweise noch nicht im 2020 wirtschaftlich auswirken wird – die Einnahmen aus der Einkommenssteuer werden in den kommenden Jahren vermutlich tiefer ausfallen. Wie hoch diese Einnahmen sein werden, kann nicht abgeschätzt werden. Zu viel ist heute noch offen. Die Grüne Fraktion ist deshalb der Meinung, dass die vorgesehenen Fonds nicht oder noch nicht geäufnet werden sollen, da künftige Bedürfnisse heute nicht klar ersichtlich sind. Zu hoffen ist, dass der Virus nicht zurückkehrt.

Hans Jenny, Ennenda, an der Kommissionssitzung anwesendes Ersatzmitglied, fordert den Regierungsrat auf, an der geplanten Finanzstrategie festzuhalten. – Die FDP-Fraktion ist über das positive Ergebnis sehr erfreut. Dieses ist die Konsequenz eines vernünftigen Umgangs mit den finanziellen Ressourcen in der Vergangenheit. Das zeigt sich nicht nur im Abschluss 2019 eindrucklich. Der FDP-Fraktion ist jedoch bewusst, dass die Rechnung auch von Sondereffekten positiv beeinflusst wurde, auf welche die Politik nur sehr wenig Einfluss hatte. Wichtig ist nun, in die Zukunft zu schauen. Die Finanzstrategie des Regierungsrates sieht für die nächsten Jahre Steuersenkungen vor. Die FDP-Fraktion unterstützt diese Strategie mit Nachdruck. Sie stärkt die Kaufkraft im Glarnerland auf breiter Ebene. Die FDP-Fraktion unterstützt ebenfalls die geplanten Investitionen. Diese sind unbedingt umzusetzen, wenn nicht sogar auszubauen. Die Glarner Unternehmen mit ihren Angestellten werden dies dankbar zur Kenntnis nehmen. Sollte sich der Regierungsrat vom geplanten Kurs in die falsche Richtung abwenden, wird sich die FDP-Fraktion dagegen wehren. Eine Kursänderung mitten im grössten Sturm kommt selten gut. So, wie es aktuell aussieht, befindet man sich erst am Rande des Sturms. Und auch heute gilt noch: Wer ernten will, muss Steuern senken.

Ruedi Schwitter, Näfels, Kommissionsmitglied, spricht sich namens der BDP/GLP-Fraktion für Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat aus. – Der Regierungsrat spricht von einem sehr erfreulichen Ergebnis und einer hervorragenden finanziellen Verfassung des Kantons. Vor allem in der Budgetphase warf der Regierungsrat in der Vergangenheit jeweils selten mit solchen Adjektiven um sich. – Die Differenz zwischen Budget und Rechnung 2019 ist fast gleich null. Ein solches Ergebnis ist einfach zu erreichen, wenn man so viel Spielraum hat. Bereits konnten künftige Rechnungen dank zusätzlicher Abschreibungen um mehr als 4 Millionen Franken entlastet werden. Es darf aber nicht vergessen werden, dass ein grosser Teil des Überschusses auf einmalige Effekte zurückzuführen ist. Der Buchgewinn auf den Aktien der Glarner Kantonalbank in Höhe von 10,7 Millionen Franken dürfte nicht einfach so jedes Jahr eintreten. Auch die Auflösung der Rückstellungen im Zusammenhang mit dem Rechtsstreit um das Pumpspeicherwerk Linth-Limmern sowie die Mehrwertsteuern dürfte einmalig gewesen sein. – In seinem Bericht von anfangs März macht der Regierungsrat für 2020 eine positive Prognose. Ob das angesichts der Coronavirus-Pandemie und der ausserordentlichen Lage noch zutrifft, ist abzuwarten. Der Kanton hat in den vergangenen Jahren aber die Voraussetzungen geschaffen, um in den kommenden, voraussichtlich eher schwierigen Jahren über die Runden zu kommen. Die im regierungsrätlichen Bericht angedachten Speisungen und Neueröffnungen von Fonds dürften künftig wohl nicht nur in der Finanzaufsichtskommission für Diskussionsstoff sorgen.

Markus Schnyder, Netstal, Kommissionsmitglied, votiert stellvertretend für die SVP-Fraktion für Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat. – Trotz des Coronavirus und des neuen Sitzungsorts ist ein gewohntes, aber nicht unerfreuliches Bild zu sehen: Das Budget ist stets düster, die Rechnung dafür umso besser. Dem Regierungsrat und der Verwaltung ist für das gute Ergebnis zu gratulieren. Auch wenn dieses einige einmalige Effekte beinhaltet, ist es wirklich hervorragend. Wie schnell sich die Zeiten ändern können, musste man in den vergangenen Monaten aber schmerzlich erfahren. Der viel zitierte Lieblingsspruch des Finanzdirektors – «Spare in der Zeit, so hast du in der Not» – zeigt auch die

andere Seite auf. Der Kanton steht jetzt offensichtlich vor einer der Phase der Not. Dass der Kanton und der Bund aus dem Vollen schöpfen können, ist der Verdienst des Sparens in der Zeit. – Mit der Rechnungsabnahme geht gewöhnlich ein Blick in die Vergangenheit einher. Viel wichtiger ist aber der Blick in die Zukunft. Auch wenn sie heute nicht zur Debatte steht, ist es wichtig, dem Regierungsrat für seine Zukunftsplanung die Stossrichtung vorzugeben. So müssen die Anliegen nicht erst im Budgetprozess eingebracht werden. Wie die FDP-Fraktion auch, möchte die SVP-Fraktion an der vom Regierungsrat angedachten Steuersenkung zwingend festhalten. Diese soll im Sinne einer Initialzündung die drohende Rezession in einen Aufschwung verwandeln. Auch will die SVP-Fraktion an den Einlagen in die diversen Fonds festhalten – im Wissen darum, dass dies nicht bei allen Freuden sprünge auslöst, vor allem bei den Freunden des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2. Dieses sieht grundsätzlich keine Fondsbildung vor. Es handelt sich bei diesen Einlagen aber um Investitionen in die Zukunft. Sie erlauben auch in schwierigen Zeiten einen gewissen Spielraum. Es gibt nicht nur den Energiefonds, sondern auch Fonds zur Unterstützung der Wirtschaft oder Arbeitslosen. – Dem Regierungsrat ist der nötige Weitblick und eine gewisse Portion Mut zu wünschen. Sollte es an einen oder anderen fehlen, steht die SVP-Fraktion gerne mit Rat und Tat zur Seite.

Christian Marti, Glarus, votiert als Präsident der vorberatenden Spezialkommission Touristische Kerninfrastrukturen / Ausbauprojekt «Futuro». – Landrat Andreas Schlittler ging auf die Investitionshilfe-Darlehen der Sportbahnen Elm und Braunwald ein. Es ist wichtig, dass der Landrat nicht vorschnell in einer Diskussion zur Jahresrechnung eine bestimmte Haltung zum Umgang mit den Investitionshilfe-Darlehen zementiert. Der Regierungsrat hat sich sorgfältig, seriös und vertieft mit den Gesuchsunterlagen zum Projekt «Futuro» und damit auch erneut mit dem Umgang mit den Investitionshilfe-Darlehen der beiden Sportbahnen auseinandergesetzt. Daraus entstanden ist ein Prüfbericht zuhanden des Landrates, der den Ratsmitgliedern vorliegt. Die Finanzaufsichtskommission und die Spezialkommission stehen in Kontakt und setzen sich ebenfalls sehr sorgfältig und intensiv mit dem Prüfbericht des Regierungsrates auseinander. Der Landrat wird sich zu gegebener Zeit – noch nicht an der Juni-Sitzung – auf einer sehr seriösen Grundlage mit dem Thema auseinandersetzen. – Die Investitionshilfe-Darlehen bzw. die zugrundeliegende Gesetzgebung betraf damals die Förderung des Berggebiets. Der Bund hat mit Unterstützung des Kantons Investitionen und damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze in den Berggebieten gefördert. Damit trug er zum Erhalt der dezentralen Besiedlung der Schweiz bei. Diese Gesetzgebung wurde in der Zwischenzeit durch die Neue Regionalpolitik abgelöst. Die Investitionshilfe-Darlehen sind heute in der Kantonsrechnung wertberichtigt. Sie wurden teilweise durch die Sportbahnen amortisiert. Zu danken ist dafür, dass Haltungen und Meinungen nicht vorschnell zementiert werden.

Regierungsrat *Rolf Widmer* beantragt Zustimmung zu den Anträgen von Kommission und Regierungsrat. – Die Kommission hatte eine undankbare Aufgabe: Sie musste eine Vorlage beraten, die von den Ereignissen überholt wurde. Anfangs März war die Welt noch in Ordnung, die Zukunftsaussichten gut. Und dann kam der Coronavirus. Die Aussichten sind trüber geworden. Aber man weiss, dass die Ausgangslage gut ist, dass Reserven für die kommenden unsicheren Zeiten da sind. – Der Coronavirus wird in der Schweiz und auch im Kanton Glarus dazu führen, dass die Arbeitslosigkeit steigt, dass die Steuereinnahmen sinken und dass die Ausgaben für die Sozialhilfe und die Prämienverbilligung früher oder später steigen. Diese Effekte gehen vorüber. Wie gross die durch den Virus verursachten Schäden sind und wie lange deren Beseitigung dauert, kann heute niemand sagen. – Der Kanton Glarus ist für die kommenden Herausforderungen gut gerüstet. Er verfügt über Reserven wie kein anderer Kanton, um die Unsicherheiten zu meistern. – Die Landräte Schnyder und Jenny forderten, dass der Regierungsrat den Kurs beibehalten soll. Der Regierungsrat verfolgte stets eine nachhaltige Finanzpolitik. Daran möchte er festhalten. Man kann im Rahmen des Budgets selbstverständlich über Steuersenkungen diskutieren. Es wird jedoch einige Kantone – vermutlich auch der Bund – geben, die Sparmassnahmen und möglicherweise

auch Steuererhöhungen ab 2022 diskutieren werden. Das ist ein Szenario. Der Regierungsrat sollte keine erratische Finanzpolitik betreiben, indem im einen Jahr die Steuern gesenkt werden, nur um drei Jahre später festzustellen, dass die Steuern wieder erhöht werden müssen. Wenn die Konsumenten wissen, dass die Steuern wieder steigen werden, werden sie ihr Geld nicht ausgeben. In unsicheren Zeiten sparen die Konsumenten. – Im 2021 werden die Steuern bereits sinken. Der Bausteuerzuschlag wird reduziert. Zudem senkt der Kanton Glarus seine Steuern seit 15 Jahren. Damals rangierte Glarus noch an 25. Stelle. Inzwischen nimmt er den siebten oder achten Rang ein. Der Regierungsrat hat bisher also einen konsequenten Kurs verfolgt. Jetzt gilt es aber auch, auf die aktuellen Zeiten Rücksicht zu nehmen. Auch wenn der Regierungsrat gerne Steuern senken würde, muss er abwägen. Die Ausgaben werden aufgrund der Corona-Krise ansteigen. Das lässt sich nicht beeinflussen. Bereits heute lassen sich viele Ausgaben, etwa im Bereich des Gesundheits- oder Sozialwesens, nicht steuern. – Die Investitionshilfe-Darlehen, die Landrat Andreas Schlittler erwähnt hat, sind nicht unbedingt ein Thema der Jahresrechnung, sondern vielmehr der Vorlage betreffend das Projekt «Futuro». Diese wird nach den Sommerferien diskutiert. – Die Jahresrechnung 2019 ist auch aus Sicht des Regierungsrates sehr erfreulich. Die Party ist jetzt jedoch vorbei. Im 2020 wird der Kanton mit etwas Glück mit einem blauen Auge davorkommen. Im 2021 werden die Ausgaben höher sein als die Einnahmen. Über die Steuern und Sparprogramme wird man in Zukunft diskutieren müssen – im Bewusstsein, dass der Kanton Glarus für die Zukunft gut gerüstet ist. – Zu danken ist der Kommission unter dem Präsidium von Landrat Samuel Zingg für die sachliche und konstruktive Diskussion.

Detailberatung

Das Wort wird nicht verlangt. Den Anträgen von Kommission und Regierungsrat ist zugestimmt.

§ 258

Geschäftsbericht 2019 der Glarner Kantonalbank

(Bericht Regierungsrat, 21.4.2020)

Pascal Vuichard, Mollis, erkundigt sich betreffend die Verwendung von erneuerbaren Energien bei der Glarner Kantonalbank. – Der Glarner Kantonalbank ist für die transparente Berichterstattung zu danken und zum sehr guten Ergebnis zu gratulieren. Es ist zudem erfreulich, dass die Glarner Kantonalbank ihre Verantwortung für die Umwelt wahrnehmen möchte. Sie hat dies in der Gesamtbankstrategie verankert. In diesem Bereich wurden in den vergangenen Jahren viele Projekte umgesetzt, etwa ein Ideenwettbewerb mit dem Personal oder Sensibilisierungsmassnahmen für einen sparsameren Umgang mit dem Strom. Bei vielen Projekten stand auch die Regionalität im Vordergrund. Das ist super. Nicht ganz verständlich ist hingegen, dass die Glarner Kantonalbank das einfachste, aber trotzdem sehr wirksame Projekt bisher nicht umgesetzt hat: den Wechsel auf 100 Prozent erneuerbare Energie. Bisher lag deren Anteil bei rund 35 Prozent. Der Wechsel auf 100 Prozent hätte einen noch grösseren Effekt. Die Digitalisierung wird zu einem höheren Stromverbrauch führen. Es wäre doch toll, wenn die Glarner Kantonalbank nicht nur die digitalste, sondern auch die klimaneutralste Bank der Schweiz wäre. Wie steht der Verwaltungsrat zu diesem Thema? Die Glarner Kantonalbank ist dazu eingeladen und ermuntert, den lokalen, erneuerbaren Strom zu beziehen. Es gibt genügend Produkte.

Martin Leutenegger, Glarus, Verwaltungsratspräsident der Glarner Kantonalbank, geht auf die Frage des Vorredners ein. – Das Thema Nachhaltigkeit ist der Glarner Kantonalbank sehr wichtig. Sie verfügt über eine Nachhaltigkeitsstrategie. Diese wird von einer permanenten Arbeitsgruppe umgesetzt. Es wurden Kennzahlen definiert, die es zu erreichen gilt. Die Reduktion des Papier- oder des Stromverbrauchs wird angestrebt. In den Filialen wird schon seit Jahren sogenannter blauer Strom – Energie aus Wasserkraft – verbraucht. Am Hauptsitz konnte das nicht umgesetzt werden, weil dort noch ein Liefervertrag gültig ist. Sobald der Vertrag ausläuft, wird auch am Hauptsitz blauer Strom bezogen. Der Hauptsitz wurde vor einigen Jahren saniert. Er verbraucht wenig Energie. – Aktuell werden PET-Flaschen durch Glasflaschen ersetzt. Eine 50-Prozent-Stelle im Bereich Nachhaltigkeit wird zudem besetzt. Das belegt, dass die Glarner Kantonalbank das Thema Nachhaltigkeit sehr ernst nimmt. Es ist nicht nur in der Gesamtbankstrategie verankert, sondern wird auch wirklich bearbeitet.

Der *Vorsitzende* dankt namens des Landrates der Glarner Kantonalbank und gratuliert zum Gewinnsprung im vergangenen Jahr. Erfreulich sei auch, dass die Bank ein innovativer Arbeitgeber sei, der die Belegschaft um 18 Vollzeit-Stellen ausgebaut habe.

Vom Geschäftsbericht 2019 der Glarner Kantonalbank ist Kenntnis genommen.

§ 259

Geschäftsbericht 2019 der Glarnersach

(Bericht Regierungsrat, 24.3.2020)

Landrat *Peter Rothlin*, Oberurnen, begibt sich in den Ausstand. Landrat *Hans Rudolf Forrer*, Luchsingen, übernimmt den Vorsitz.

Pascal Vuichard, Mollis, erkundigt sich, welche Stromprodukte die Glarnersach einkauft und – falls es sich nicht bereits um Produkte mit lokal produziertem Strom handelt – empfiehlt, auf lokale Produkte zu setzen, um der Vorbildrolle des Unternehmens gerecht zu werden.

Christian Büttiker, Netstal, bedankt sich für das gute Ergebnis der Glarnersach und geht auf die Geschlechterdiversität in den Führungsgremien ein. – Steter Tropfen höhlt den Stein: Deshalb bringt die SP-Fraktion auch heute wieder die Bitte an, doch endlich einmal eine Frau in den Verwaltungsrat oder mindestens in die Geschäftsleitung der Glarnersach zu wählen. Die Glarner Kantonalbank hat es geschafft. Verwaltungsratspräsident Martin Leutenegger weiss also, wie es geht.

Martin Leutenegger, Glarus, Verwaltungsratspräsident der Glarnersach, geht auf die Fragen der Vorredner ein. – Die Glarnersach will sich als Vorbild im Bereich Nachhaltigkeit positionieren. Ein Beispiel dafür ist der geplante Ersatz der Ölheizung in der Markthalle durch eine Wärmepumpe. Die Glarnersach hat ihren Sitz in einem Gebäude, das in energetischer Hinsicht nicht ideal ist. Dazu macht man sich auch Überlegungen. Die Anregung bezüglich Strombezug wird gerne entgegengenommen. Informationen dazu werden nachgeliefert. – Bei der Evaluation für die Besetzung einer nächsten Vakanz im Verwaltungsrat steht das Thema Geschlechterdiversität zuoberst auf der Liste. Dem Regierungsrat werden Wahlvorschläge unterbreitet, um eine Diversifizierung zu erreichen.

Der *Vorsitzende* dankt im Namen des Landrates der Glarnersach herzlich für ihren Einsatz im 2019 und in den zurückliegenden, schwierigen Monaten im 2020.

Vom Geschäftsbericht 2019 der Glarnersach ist Kenntnis genommen.

§ 260

Kantonsspital Glarus AG: Geschäftsjahr 2019 (Geschäftsbericht und Revisorenbericht), Kenntnisnahme der Beschlüsse der Generalversammlung

(Bericht Regierungsrat, 26.5.2020)

Regula N. Keller, Ennenda, wünscht sich eine Analyse der Bewältigung der Corona-Krise durch das Kantonsspital Glarus. – Wohl selten ist so viel über die Grundversorgung und damit auch die Gesundheitsversorgung durch die Spitäler geredet worden wie in den vergangenen Wochen. Zwar geht es heute um das Jahr 2019 – dennoch ist auf die aktuelle Situation mit der Coronavirus-Pandemie einzugehen. – Das Spital Glarus hat herausfordernde Zeiten hinter sich: Vorbereitungen auf den Ernstfall, Umsetzung der bundesrätlichen Vorgaben, Hochfahren der Kapazitäten auf der Intensivstation, Herunterfahren von anderen Bereichen, eine sehr unterschiedliche Verteilung der Belastung des Personals, sogar Kurzarbeit, wieder Rückkehr zum Normalbetrieb. Vom Kantonsspital und den Angestellten wurde eine extreme Flexibilität verlangt. Flexibilität ist zwar eine Grundvoraussetzung für die Pflege. Das Coronavirus hat aber bislang Unerhörtes verlangt. Gemäss eigener Wahrnehmung hat das Spital die Krise in pflegerischer Hinsicht bis jetzt gut gemeistert. Die Versorgung der Patientinnen und Patienten funktionierte. Schwierig abzuschätzen sind wohl die finanziellen Folgen dieser Krise. Spätestens im Rahmen der Beratung des Geschäftsberichtes 2020 in einem Jahr wird man dazu wohl mehr erfahren. – Die Grüne Fraktion dankt all jenen, die im Kantonsspital während der Corona-Krise Ausserordentliches geleistet haben und – hoffentlich nicht – künftig leisten werden. Die Corona-Krise hat gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitswesen ist und wie wichtig die Mitarbeitenden – der Grossteil davon sind Frauen – im diesem Bereich sind. – Vor einem Jahr wurde auf die Unzufriedenheit der Angestellten mit ihrem Lohn hingewiesen. In einer Umfrage wurden von 100 Punkten nur gerade 53,5 Punkte erreicht. Dankesworte sind zwar schön und gut. Die Corona-Krise soll und muss aber auch Anlass sein, über den Kostendruck im Gesundheitswesen nachzudenken und insbesondere in Bezug auf die Anstellungsbedingungen und die Löhne der Mitarbeitenden Verbesserungen einzufordern. Diese Forderung geht nicht einfach an die Verantwortlichen des Spitals. Die gesamte Gesellschaft ist in der Verantwortung, diese wichtige Arbeit wertzuschätzen – auch mit dem langfristigen Ziel, dass sich genügend Frauen und Männer für eine Ausbildung im Gesundheitswesen motivieren lassen und bereits Ausgebildete im Beruf bleiben. – Der Geschäftsbericht 2019 beginnt mit dem Hinweis auf das Projekt «Fit für die Zukunft», ein Kostenoptimierungsprogramm. Drei Ziele sollen damit verfolgt werden: die eigene Wirtschaftlichkeit stärken; eine hochwertige Gesundheitsversorgung sicherstellen; zeitgemässe Arbeits- und Anstellungsbedingungen garantieren. Hier ist über die Prioritätensetzung nachzudenken. Nicht alles muss ausschliesslich und zuerst unter dem Aspekt der Kostenoptimierung betrachtet werden. – Es wird darum gebeten, dass im Geschäftsbericht 2020, allenfalls auch schon früher, eine gründliche Analyse zur Corona-Krise erfolgt, auch betreffend Fragen zu Verantwortlichkeiten, z. B. in Bezug auf Notvorräte, aber auch generell zum Material und seiner Herkunft sowie zum Einsatz des Personals.

Sabine Steinmann, Oberurnen, stellt Fragen betreffend den Umgang mit der Corona-Krise und deren Folgen. – Der Geschäftsbericht 2019 sei verdankt. Im Rückblick sieht man, dass wieder einiges gegangen ist; vor allem von den Ärzten wird berichtet. In Bezug auf die Pflege wurde erwähnt, dass aufgrund des Projekts «Fit für die Zukunft» aus zwei Abteilungen eine gemacht wurde. Das war für die Betroffenen sicher nicht einfach. Die Diabetes-Beratung hat für ihre Qualität einen Preis gewonnen, ein engagierter Chirurg wurde geehrt. Audits

waren erfolgreich und der Rettungsdienst wurde rezertifiziert. Für die Arbeit, die dahintersteckt, ist zu danken. – Es ist in Ordnung, dass der Qualitätsbericht 2019 in diesem Jahr erst später vorgelegt wird. Die im Gesundheitswesen arbeitenden Personen waren in letzter Zeit mit anderen Aufgaben beschäftigt. – Als Pflegefachfrau und Landrätin fragt man sich, was man aus der Corona-Krise mitnehmen kann. Dazu wurden fünf Themen bestimmt, die wichtig sind. Dem Verwaltungsrat der Kantonsspital Glarus AG wurden vorgängig Fragen gestellt, hinter denen die SP-Fraktion steht. – Es ist zurückzublicken und zu lernen – ohne Schuldzuweisungen. Es haben wohl alle ihr Bestes gegeben. Ziel ist nicht, jetzt zusätzlichen Druck zu machen. Die folgende Aufgabe ist in der Zeit, in der der Alltag am Spital wieder eingekehrt ist, anzugehen. Erwartet wird eine ehrliche Analyse des Spitals in Bezug auf die Corona-Krise. Erhält der Landrat im 2021 einen Corona-Evaluationsbericht des Kantonsspitals? Daraus könnten sich Massnahmen für die Politik ergeben. In diesem Zusammenhang wäre eine Analyse der gesamten Krisenorganisation zu wünschen. Die Kantonale Führungsorganisation und das Schulwesen gehören dort auch dazu. Die SP-Fraktion möchte eine kantonale Aufarbeitung sehen. Diese soll Auskunft darüber geben, was beibehalten und was beim nächsten Mal besser gemacht werden kann. – Die Beschaffung von Schutzmaterial hat der Bund den Kantonen delegiert. Im Glarner Pandemieplan steht, dass die Betriebe dafür zuständig seien. Die Verantwortung wird also stets weitergereicht. Wer verantwortlich ist, ist letztlich egal. Nicht egal ist hingegen, wenn sich jene Personen, die mit positiv getesteten Personen arbeiten, zu wenig schützen können. Nicht egal ist, wenn sich Menschen, die eine Chemotherapie absolvieren, fürchten müssen, weil sie keine Schutzmaske erhalten. In diesem Zusammenhang ist über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen zu sprechen. Gemeinwirtschaftliche Leistungen sind – salopp gesagt – jene Leistungen, die nicht über Fallpauschalen abgerechnet werden können. Das Kantonsspital Glarus erhält dafür vom Kanton eine globale Abgeltung. Für die Gesundheitsdirektorenkonferenz und das Bundesverwaltungsgericht gehören Vorhalteleistungen für besondere Lagen mit einem grossen Patientenansturm, z. B. Pandemien, zu den gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Im Glarner Katalog der gemeinwirtschaftlichen Leistungen ist diese Vorsorge für Notlagen und Katastrophen nicht enthalten. Schutzmaterial für eine Pandemie war schlicht und einfach nicht vorgesehen. Von 2012 bis 2015 bezahlte der Kanton dem Spital eine Abgeltung von 5,5 Millionen Franken für gemeinwirtschaftliche Leistungen. 2017 waren es 4,5 Millionen Franken, in der Rechnung 2019 sind noch 3,75 Millionen Franken ausgewiesen. Der Landrat wollte das so. Im Vergleich zu den Jahren vor 2015 wurden also insgesamt 5 Millionen Franken weniger ausgegeben. Das ist am falschen Ort gespart. Steuersenkungen sind eben gerade deshalb nicht angebracht. Artikel 11 der Verordnung über das Kantonsspital Glarus hält fest, dass die Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen auch in Zusammenarbeit mit Dritten erfolgen kann. Kann sich das Spital vorstellen, Schutzmaterial gemeinsam mit anderen Leistungserbringern einzukaufen und ein Lager zu halten? – Lobenswert ist, dass das Kantonsspital Glarus im Unterschied zu anderen Spitälern schon ganz am Anfang der Krise seinem Pflegepersonal gesagt hat, dass niemand allfällige Minusstunden später kompensieren muss. Allerdings hatten alle Pflegeangestellten Überzeit angesammelt. Diese konnten sie jetzt praktischerweise abbauen. Es kann nun also wieder losgehen mit dem Leisten von Überzeit. Das kann es nicht sein: Es braucht einfach mehr Personal. Im Vorwort zum Geschäftsbericht 2019 heisst es: «Eine der grössten Herausforderungen ist der Spagat zwischen der Unternehmensentwicklung und der Patientenbetreuung.» Beides ist wichtig – das Personal gehört aber auch noch dazu. Welche Anerkennung für das Pflegepersonal ist geplant? Kurzfristig ist an einen Corona-Bonus zu denken, langfristig an eine Lohnanpassung aufgrund der Systemrelevanz. – Es hat sich gezeigt, dass es Solidarität und Fürsorge braucht. Es ist sehr zu wünschen, dass diese Haltung in der Politik wieder mehr zum Tragen kommt. – Zu danken ist allen Mitarbeitenden des Spitals für ihren täglichen Einsatz – für das Aushalten der Unsicherheit und der Sorgen in der vergangenen Zeit. Der Dank ist auszuweiten auf die Mitarbeitenden der Spitex, auf die Hausärzte, auf die Seelsorge, auf den Sozialdienst, auf die Putzkolonnen: auf alle, die ebenfalls mehr leisteten. Ganz besonders zu danken ist den Mitarbeitenden in den Heimen. Sie mussten besonders viel stemmen.

Arnold Bachmann, Schönenberg, Verwaltungsratspräsident der Kantonsspital Glarus AG, geht auf die Voten der Vorrednerinnen ein. – Zu danken ist für die Gelegenheit, zum Geschäftsbericht 2019 Stellung nehmen zu können und für die Voten der Vorrednerinnen. Diese anerkennen, dass das Spital in der Corona-Krise besonders gefordert war und diese recht gut gemeistert hat. Die Krise verlief für den Kanton Glarus allerdings auch einigermaßen glimpflich. Insgesamt gab es neun positiv getestete Patienten auf der Station. Ambulant waren es einige mehr. Todesfälle gab es im Spital selbst nur einen. – Der Dank der Vorrednerinnen wird den Mitarbeitenden gerne weitergeleitet. – Bisher war ein interner Bericht zur Bewältigung der Coronavirus-Pandemie vorgesehen, damit das Spital seine Lehren daraus ziehen kann. Das Kantonsspital geht aber davon aus, dass es eine gesamtkantonale Berichterstattung geben wird. Es ergibt keinen Sinn, wenn nur ein einzelner Akteur im System – auch wenn es ein wichtiger ist – einen Bericht verfasst. Falls es eine gesamtkantonale Berichterstattung gibt, wird das Kantonsspital gerne einen Beitrag leisten. – Bezüglich Schutzmaterial ist festzuhalten, dass Material beschafft werden konnte. Es wurde zwar viel von Knappheit gesprochen und es gab da und dort Unsicherheit. Mindestens im Kantonsspital gab es aber immer genügend Material. Man konnte dieses stets beschaffen. Allerdings kam das Spital wie bereits erwähnt glimpflich davon. Auf einem anderen Blatt steht, wie die Situation bei einem grösseren Patientenansturm ausgesehen hätte. Das Kantonsspital geht davon aus, dass die Beschaffung von Schutzmaterial und Medikamenten ein gesamtschweizerisches Thema wird und der Bund Vorschriften erlässt. Es gibt bereits eine Arbeitsgruppe. H+, die Spitälerorganisation, ist darin ebenfalls vertreten. Es ergibt Sinn, ein gesamtschweizerisches Konzept zu erarbeiten und abzuwarten. Nicht sinnvoll ist hingegen, wenn nun jedes Spital dezentral ein Lager hält. Sollte es wider Erwarten kein nationales Konzept geben, wird sich das Kantonsspital für eine Lösung im Verbund mit anderen Spitälern einsetzen. Abschliessend lässt sich also festhalten, dass sich das Kantonsspital Glarus der Problematik bewusst ist. Es wird alles daran setzen, über genügend Material für eine zweite Welle oder eine andere Krise zu verfügen. – Die Material-Frage war wichtig, man konnte sie lösen. Die Kreativität der Einkäufer war grenzenlos. Man stellte direkte Kontakte zu China her. Das war zwar aufwendig und mit vielen Formalitäten verbunden. Aber es war machbar. Die andere Ressource, das Personal, stellte ein viel grösseres Problem dar. Man kann Personal nicht einfach kurzfristig zusätzlich aufbieten; man kann es nicht an Lager halten. Im Personalbereich gibt es tatsächlich einen Mangel. Dort sind Massnahmen zu ergreifen. Dieses Problem, das auch in Zukunft da sein wird, ist schwierig zu lösen. Die Ausbildungssituation bei Ärzten und dem Pflegepersonal ist bekannt. – Eine Anerkennung des Personals ist vorgesehen. Die Situation war für alle Mitarbeitenden herausfordernd. Einige Mitarbeitende, etwa auf der Intensivstation und jene in Kontakt mit positiv getesteten Patienten, waren besonders gefordert. Letztlich war es aber ein Gemeinschaftswerk. Deshalb will das Kantonsspital weniger mit Bonuszahlungen arbeiten. Die Leistungen sind monetär fast nicht richtig zu anerkennen. Vielmehr sollen drei Abende, etwa mit einem Grillplausch, organisiert werden. Dort kann man dem Personal auch richtig Danke sagen und die Gemeinschaft, die Solidarität, die so wichtig war, zelebrieren. Bonuszahlungen sind schwieriger. Das Kantonsspital liegt per Ende Mai rund 4 Millionen Franken unter dem Budget. 2020 wird kein gutes Jahr. Die finanziellen Mittel für Boni sind objektiv betrachtet nicht vorhanden. – Die Krise hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass das Pflegepersonal systemrelevant ist. Die Lohndifferenzen zwischen Ärzten und Pflegepersonal sind nicht gerechtfertigt, wenn man die Systemrelevanz betrachtet. Deshalb ist eine Anhebung des Lohnniveaus durchaus ein Punkt. Vor allem beim Pflegepersonal auf Stufe FH und HF gibt es – verglichen etwa mit technischem Personal mit gleicher Ausbildungsstufe – Handlungsbedarf. Wenn das Kantonsspital als einzelnes Spital die Löhne anhebt, vergrössert sich das Defizit und die Eigentümerziele können nicht eingehalten werden. Diese werden momentan ohnehin nicht eingehalten. Das Spital hat 2019 einen EBITDA von 6,2 Prozent erzielt. Das Ziel sind 10 Prozent. Bereits die 6,2 Prozent sind aber über dem schweizerischen Durchschnitt, der bei rund 5 Prozent liegt. Das Spital ist ein Akteur auf dem Markt. Um die Frage des Lohnniveaus kommt man jedoch nicht umher. Es ist richtig, dass diese auf nationaler Ebene diskutiert wird. Auch auf kantonaler Ebene wird sie diskutiert werden müssen. Kurzfristig wird es aber keine Lösung geben.

Der *Vorsitzende* dankt im Namen des Landrates der Aufsicht und der Spitalleitung, den Ärzten und dem Pflegepersonal herzlich für ihren Einsatz in der Corona-Krise.

Die Berichterstattung 2019 der Kantonsspital Glarus AG ist zur Kenntnis genommen.

§ 261

Motion Marius Grossenbacher, Glarus, und Unterzeichnende «Für eine Stärkung der musikalischen Bildung im Kanton Glarus»

(Bericht Regierungsrat, 4.2.2020)

Marius Grossenbacher, Glarus, Unterzeichner, beantragt wie der Regierungsrat die Überweisung der Motion. – Die Tarife für den Musikunterricht an der Musikschule entsprechen heute nicht der eidgenössischen Gesetzgebung. Es gibt keine vergünstigten Tarife für Jugendliche der Sekundarstufe 2 – mit Ausnahme des Spezialfalls Schwerpunktfach Musik an der Kantonsschule – und auch keine einkommensabhängigen Tarife. Beides wird aber von der Gesetzgebung des Bundes verlangt. Man muss nicht um den heissen Brei reden: Es geht vorliegend um Geld, das vom Kanton bereitgestellt werden soll. Genau deshalb sind die Skeptiker gebeten, sich für die Überweisung der Motion auszusprechen. Dadurch wird der Weg frei für griffige gesetzliche Grundlagen. Diese geben den Rahmen vor, der mit den bundesrechtlichen Vorgaben im Einklang steht und die Meinung der Öffentlichkeit möglichst gut abbildet. Die bundesrechtlichen Vorgaben sind sowieso einzuhalten. Eine Änderung ist unabwendbar. Aber mit einer Gesetzesrevision passiert dies gelenkt, transparent und nicht durch behelfsmässige Querfinanzierungen und Anzapfen verschiedener Töpfe.

Ruedi Tschudi, Näfels, unterstützt namens der CVP-Fraktion den regierungsrätlichen Antrag. – Die Motion hat eine Schwachstelle der aktuellen, aus dem Jahr 2008 stammenden Gesetzgebung aufgedeckt. Deshalb wäre eine Anpassung sehr zu begrüssen. Den Motionären ist für die gute Idee zu danken.

Regierungsrat *Benjamin Mühlemann* beantragt die Überweisung der Motion. – Das Departement Bildung und Kultur hat die Situation der Glarner Musikschulen angeschaut, als die neuen Vorgaben zu den Musikschultarifen in das Kulturförderungsgesetz des Bundes aufgenommen wurden. Man entschied sich bewusst, zuerst die Entwicklungen im Kanton Glarus abzuwarten, bevor der Kanton den Spielraum der Musikschulen bei der Gestaltung ihrer Tarife einschränkt. Heute ist klarer, wo die Musikschulen stehen. Der Regierungsrat geht mit den Motionären einig, dass Handlungsbedarf besteht. Die vom Kanton unterstützten Musikschulen können die Bundesvorgaben nicht einfach so von sich aus in einem angemessenen Rahmen umsetzen. Deshalb muss die Rolle des Kantons ein Stück weit neu gedacht werden. Es ist zu prüfen, wie sich der Kanton künftig engagieren soll und muss. Dieser steht letztlich in der Pflicht. Es ist sicherzustellen, dass möglichst alle Jugendlichen die Chance haben, Musikunterricht zu besuchen. Es sollte möglichst niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden. Hier gibt es im Kanton ein Risiko, wenn man mit ausserkantonalen Tarifen vergleicht. Der Regierungsrat ist bereit, den Faden aufzunehmen. Im regierungsrätlichen Bericht ist skizziert, in welche Richtung es gehen könnte. Der Regierungsrat wird den Entwicklungen in einem angemessenen Rahmen Rechnung tragen und dafür sorgen, dass die Musikschulen die Tarife neu ordnen können. Selbstverständlich gibt es dabei einen gewissen Spielraum. Die Weichen sind heute zu stellen, damit junge Glarnerinnen und Glarner musikalisch gefördert werden können. Das hat wiederum einen positiven Einfluss auf deren persönliche Entwicklung.

Die Motion ist überwiesen.

§ 262

Postulat Pascal Vuichard, Mollis, und Unterzeichnende «Umstellung auf CO₂-freie Antriebe beim kantonalen Fahrzeugpark»

(Bericht Regierungsrat, 4.2.2020)

Pascal Vuichard, Mollis, Unterzeichner, beantragt namens der BDP/GLP-Fraktion Zustimmung zum regierungsrätlichen Antrag und damit die Überweisung des Postulats. – Die vergleichsweise hohen Anschaffungskosten schrecken heute oft noch von einem Kauf eines Fahrzeugs mit CO₂-freiem Antrieb, z. B. einem Elektrofahrzeug, ab. Die Investitionskosten sind aber nur eine Seite der Rechnung. Im Betrieb sind etwa Elektrofahrzeuge deutlich günstiger als Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor. Der Kanton ist prädestiniert, die Lebensdauerkosten – also eine eher längerfristige Perspektive – als Rechnungsgrundlage zu verwenden – so ist das ja neu auch im Energiegesetz vorgesehen. Den Nachteil der höheren Investitionskosten gleichen Elektrofahrzeuge durch tiefere Betriebskosten und geringere Werkstatt- und Fixkosten aus. Es braucht zum Beispiel keine Abgasreinigung, keine Spritpumpen und kein Schaltgetriebe. Zudem kostet der Strom als Treibstoff deutlich weniger als Benzin oder Diesel. Im Durchschnitt beträgt der Kostenvorteil im Betrieb rund 12 Prozent. Die Forschung, die Industrie und die Praxis sind sich einig: Mit Elektroautos lässt sich Geld sparen, wenn sie wann immer möglich bei anstehenden Ersatz- oder Neuanschaffungen berücksichtigt werden. Das ist das Ziel des Postulats. Dieses ist also genau genommen eine Sparvorlage. Deshalb empfiehlt der Regierungsrat das Postulat wohl auch zur Annahme.

Markus Schnyder, Netstal, beantragt namens der SVP-Fraktion die Ablehnung des Postulats. – In der Debatte zum Geldspielgesetz im Februar 2020 diskutierte der Landrat über die Kompetenz zur Festlegung des Verteilschlüssels für die Lotteriegelder. Der Entscheid fiel – nicht einmal sonderlich knapp – zugunsten des Regierungsrates aus. Angesichts dessen wäre eine Überweisung des Postulats unverständlich. Die SVP-Fraktion hält Elektrofahrzeuge zwar für eine gute Sache. Aber es geht im Postulat um eine Beschaffungsrichtlinie. Dass der gleiche Landrat, der aufgrund fehlender Objektivität nicht über die Verteilung von Millionen Franken an Lotteriegeldern befinden möchte, nun über die Art des Antriebs von Kantonsfahrzeugen entscheiden will, ist nicht nachvollziehbar. Der Regierungsrat und die Verwaltungsangestellten sind kompetent, die Vorteile der Elektrofahrzeuge sind bekannt. Deshalb wird der Regierungsrat oder eben die zuständigen Angestellten selber auf die Idee kommen, Elektrofahrzeuge zu kaufen. – Die Überweisung des Postulats würde wohl zwar nicht schaden. Die Fragestellung liegt aber nicht in der Kompetenz des Landrates und die Überweisung wäre nicht effizient. Man darf darauf vertrauen, dass die Verwaltung ihre Arbeit macht. – Eine Bemerkung an die Postulanten: Mit den Vorstössen zum Klimaschutz ist es wie mit dem Klimaschutz selbst: Weniger wäre manchmal mehr.

Regierungsrat Kaspar Becker beantragt die Überweisung des Postulats. – Das Postulat stützt Überlegungen, die schon heute gemacht werden. Deshalb beantragt der Regierungsrat die Überweisung. – Heute ist das Vorgehen situativ. Eine gewisse Systematik soll Einzug halten. Das Postulat erlaubt dem Regierungsrat, dem Landrat einen Bericht über diese Systematik vorzulegen. Es soll jedoch nicht so sein, dass der Wechsel auf Elektrofahrzeuge flächendeckend von heute auf morgen geschieht. Hingegen soll die Thematik von Elektro- oder künftig anderen Antrieben systematisch geprüft werden. Damit wird die Welt nicht gerettet. Aber es ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Abstimmung: Der Antrag des Regierungsrates obsiegt über den Antrag Schnyder mit 27 zu 26 Stimmen.

§ 263

Dringliche Interpellation SVP-Fraktion «Auswirkungen des Coronavirus SARS-CoV2 auf die Glarner Wirtschaft»

(Bericht Regierungsrat, 31.3.2020)

Markus Schnyder, Netstal, Unterzeichner, dankt für die umfangreiche, wenn auch indirekte Beantwortung der Fragen. – Die Interpellation wurde ganz zu Beginn des Lockdowns eingereicht. Zu diesem Zeitpunkt haben wohl die wenigstens realisiert, was genau passiert. Dass der Regierungsrat auch ohne diese Interpellation Massnahmen zur Unterstützung der Wirtschaft treffen würde, hat sich die SVP-Fraktion erhofft. Sie wollte mit ihrem Vorstoss Unterstützung signalisieren. – Die Corona-Krise ist mit einem Grossbrand zu vergleichen. Wenn es brennt, sollte man nicht lange fragen müssen, wie viel Geld, Personal oder Ausrüstung zur Verfügung steht. Es geht einfach nur darum, mit allen möglichen Mitteln den Brand so schnell wie möglich unter Kontrolle zu bringen und Mensch sowie Material zu schützen. Die Corona-Krise konnte – mit massivem Mitteleinsatz auf Bundesebene – in den Griff gekriegt werden. Wenn der Brand einmal gelöscht ist, kommt aber die grosse Arbeit, der Wiederaufbau. Es stellt sich dabei zwingend die Frage der Weiterentwicklung und die Frage nach Anpassungen. Die Wirtschaft steht vor dem Wiederaufbau. Am Wirtschaftssystem war nicht alles gut. Man muss nun versuchen, die Corona-Krise als Chance zu nutzen. Die Gesellschaft ist neu auszurichten, die bisherige, vielleicht gar nicht so gute Normalität ist anzupassen. Gemeinsam ist diese Chance zu ergreifen; die Zukunft soll so gestaltet werden, wie man es gerne hätte – nicht so, wie es einmal war.

§ 264

Interpellation Fraktionen SVP und SP «Umbau der Axpo Holding: Verbleib von Wasserkraft und Netz in Schweizer Hand»

(Bericht Regierungsrat, 11.2.2020)

Thomas Kistler, Niederurnen, bedankt sich namens der Fraktionen von SVP und SP für die Beantwortung der Interpellation. – Die Fraktionen von SVP und SP sind sich unsicher, ob der Regierungsrat realisiert hat, dass die Umstrukturierung der Axpo auch im Kanton Glarus ein wichtiges Geschäft ist. Jedenfalls sind die Antworten eher knapp. Sie fallen nicht ganz so aus, wie sich die Interpellanten dies erhofft haben. – In anderen Kantonen ist die geplante Umstrukturierung sehr umstritten, sogar umkämpft. Da wurden wegen Kompetenzstreitigkeiten Gerichte bemüht. Das Geschäft ist momentan in Zürich und im Aargau in der parlamentarischen Beratung; am weitesten ist der Kanton Schaffhausen. Dort wird bald entschieden, ob der neue Aktionärsbindungsvertrag zurückgewiesen werden soll oder nicht. – Die grossen Wasserkraftwerke der Axpo sollen möglichst in öffentlicher schweizerischer Hand bleiben. Der Regierungsrat schreibt hingegen lediglich, dass diese direkt oder eben auch indirekt in öffentlicher Hand bleiben sollen. Ob dies eine schweizerische öffentliche Hand sein soll, schreibt er nicht. Die SVP- und die SP-Fraktion hoffen, dass der Regierungsrat

nicht auch an norwegische, arabische oder gar chinesische Staatsfonds denkt. Die SVP- und die SP-Fraktion denken jedenfalls nicht an solche. Sie möchten, dass diese Kraftwerke in schweizerischer Hand bleiben. – Das Netz und das Hochspannungsnetz der Axpo sollen in öffentlicher schweizerischer Hand bleiben. Der Regierungsrat erwähnt auch hier nur, dass die Netze direkt oder indirekt in öffentlicher Hand bleiben sollen. – Die wichtigste Forderung ist wohl auch am schwierigsten zu verstehen: Im neuen Aktionärsbindungsvertrag ist vorgesehen, dass dieser nach acht Jahren automatisch ausläuft. Er kann dann neu ausgehandelt werden. Bei dieser Neuverhandlung sollen die Parlamente nicht mehr involviert sein. Damit sind die SVP- und die SP-Fraktion nicht einverstanden. Auch in anderen Kantonen regt sich dagegen Widerstand. Der Vertrag soll nicht automatisch auslaufen. Und wenn er ausläuft, sollen die Parlamente wieder einbezogen werden. – Der Regierungsrat hat sich nicht dazu geäußert, ob er bereit wäre, das Vertragswerk für eine Neuverhandlung zurückzuweisen. Er schreibt auch nicht, wann das Geschäft in den Landrat kommen soll. Unklar ist, weshalb man im Kanton Glarus noch zuwartet. Die SVP- und die SP-Fraktion sind jedenfalls enttäuscht über die dürftigen Informationen und die nur lauwarme Zustimmung des Regierungsrates zu den formulierten Zielen. Sie werden ihre Forderungen weiterhin einbringen.

§ 265

Interpellation SVP-Fraktion «Befristete Amtsstellen»

(Bericht Regierungsrat, 7.4.2020)

Simon Trümpi, Glarus, Unterzeichner, bedankt sich für die Beantwortung der Interpellation. – 2014 betrug der Personalaufwand des Kantons 69,75 Millionen Franken. Fünf Jahre später, 2019, liegt er bereits bei 75,22 Millionen Franken. Das ist eine Zunahme um fast 8 Prozent bzw. 5,5 Millionen Franken innert fünf Jahren. Die Raum- und Bürokosten sind dabei noch nicht berücksichtigt. In diesen Jahren wurden – bis auf eine Ausnahme – sämtliche befristeten Anstellungen in unbefristete umgewandelt. Das Bewilligen von Stellen ist einfach. Der Landrat steht jeweils gut da. Eine befristete Stelle nicht zu verlängern, braucht manchmal ein bisschen Mut und Zivilcourage – von den einzelnen Amtsträgern, aber auch von den Landratsmitgliedern. Es gibt immer wieder Gründe für Unterstützung am Arbeitsplatz. Es gibt aber auch mindestens gleich viele Gründe, um Verantwortung zu tragen und auch in guten Zeiten kostenbewusst zu handeln. – Objektspezifische, befristete Stellen wie etwa die Ingenieurstelle im Zusammenhang mit dem Pumpspeicherwerk in Linthal hat die SVP-Fraktion unterstützt. Aber auch diese Stelle wurde in eine unbefristete umgewandelt. Die Ratsmitglieder sollten jegliche Umwandlungen von befristeten in unbefristete Stellen bezüglich des Bedarfs hinterfragen. Zu beachten ist dabei, dass jede neue Stelle auch zusätzlichen administrativen Aufwand und Bürokratie für die Steuerzahler, jedoch keine Produktivität zur Folge hat. Diese Produktivität ist nun, in schwierigen Zeiten, nötiger denn je.

§ 266

Mitteilungen

Der *Vorsitzende* gratuliert zu folgenden sportlichen Erfolgen: Marco Hösli, Ennenda, zum 2. Platz an den Curling-Weltmeisterschaften der Junioren; Martin Rios, Riedern, mit Jenny Perret, zum 1. Platz an den Schweizer Meisterschaften im Curling Mixed-Doppel; Marc

Elmer, Mollis, zum 2. Platz an den Schweizer Meisterschaften im Para-Badminton, im Einzel und im Doppel; dem Team Glarus Belvédère, zum 2. Platz an den Schweizer Meisterschaften der Junioren im Curling. – Die nächste Landratssitzung findet am 24. Juni 2020, wiederum im Saal des Restaurants «Schützenhaus», statt.

Schluss der Sitzung: 10:45 Uhr.

Der Präsident:

Der Protokollführer: